

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 3. Juni 2020

## Unterrichtung

Die Maßnahmen der Polizei gegen den sexuellen Kindesmissbrauch und die Kinderpornografie standen im Mittelpunkt einer Unterrichtung der Landesregierung. Es schloss sich eine Debatte an. S. 3

## Aktuelle Stunde

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit Übergriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte befasst. Anlass waren aktuelle Fälle, darunter Behinderungen der Polizeiarbeit in Duisburg. S. 4

## Wohnungsmarkt

Welche Auswirkungen wird die Corona-Pandemie angesichts von Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit auf den Wohnungsmarkt haben? Über diese Frage haben die Abgeordneten debattiert. S. 5

## Corona-Pandemie

Mit zahlreichen Anträgen haben die Fraktionen Strategien dargelegt, um gegen die Folgen der Corona-Pandemie vorzugehen. Dabei ging es u.a. um Schulen, Unternehmen und die Kommunalwahlen. S. 6-7

## Spielregeln für Spielbanken

Debatte um Privatisierung und Standorte



# INHALT



## Spielbanken vor der Privatisierung

<u>Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der Landesregierung ....</u>	S. 9
<u>Standpunkte .....</u>	S. 10

Foto: Schälte

## Aus dem Plenum

<u>Konsequenzen aus dem</u>	
<u>„Fall Lügde“ .....</u>	S. 3
<u>Gefahr im Einsatz .....</u>	S. 4
<u>Wenn das Geld knapper wird</u>	S. 5
<u>Meldungen .....</u>	S. 6

<u>Gesetzgebung .....</u>	S. 8
---------------------------	------

## Aus den Fraktionen ..... S. 12

## Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen .....</u>	S. 14
------------------------	-------

## Im Porträt

<u>Lorenz Deutsch (FDP) .....</u>	S. 15
-----------------------------------	-------

## Kurz notiert ..... S. 16

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 29. Mai 2020, 11.30 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



# Konsequenzen aus dem „Fall Lügde“

## Unterrichtung und Debatte zu sexueller Gewalt an Kindern

27. Mai 2020 – Die Landesregierung hat den Landtag über „Erfolge, Lehren und Perspektiven der kriminalpolizeilichen Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornografie“ unterrichtet. Eine Debatte schloss sich an.

Grundlage der Unterrichtung und der anschließenden Debatte war ein Bericht der Stabsstelle „Revision der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie“ (Vorlage 17/3433). Die Stabsstelle hatte am 23. April 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Hintergrund war der jahrelange sexuelle Missbrauch von Kindern auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe). Ein neues Referat im Innenministerium werde sich künftig mit dem Thema „Missbrauch“ befassen, heißt es in dem Bericht. Es sei unmittelbar beim Landeskriminaldirektor angesiedelt.

„Missbrauch tötet Kinderseelen“, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU) in seiner Unterrichtung. Das Ausmaß des Problems sei lange Zeit nicht erkannt worden. Es handle sich um ein „Massenphänomen“. Mit den Missbrauchsfällen von Lügde sei „der Abgrund in der Gesellschaft“ erkannt worden, nun würden Versäumnisse aufgearbeitet. Reul nannte u. a. neue Zuständigkeiten, mehr Personal, eine bessere Vernetzung und eine bessere technische Ausstattung für die Polizei. Allein bis 2021 würden mehr als 30 Millionen Euro investiert. Es werde effektiver und besser ermittelt und daher auch mehr aufgeklärt. Der Kampf werde noch viel Kraft, Zeit und Geld kosten.

### „Kein Abschluss“

**Andreas Bialas** (SPD) sagte, es seien viele richtige und wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Der Bericht sei aber kein Abschluss, sondern nur eine erste Antwort auf die Herausforderungen. Bialas forderte eine „grundlegende Neuaufstellung der Polizei“ bis in die kleinsten Einheiten. Es gehe nicht nur darum, Verdächtige aufzuspüren, sondern auch Taten zu erkennen und Opfer ernst zu nehmen. So seien im „Fall Lügde“ Meldungen nicht konsequent genug verfolgt worden. Dort, wo es die ersten Hinweise auf Opfer gebe, müssten Verständnis und Kompetenz vorhanden sein. Benötigt würden auch Vernetzungen beispielsweise mit Ärztinnen und Ärzten.

**Daniel Sieveke** (CDU) sagte, der Bericht der Stabsstelle sei ein Startschuss für weitere Ermittlungen, die konsequent geführt werden müssten. Im Jahr 2019 habe es laut Angaben des Bundeskriminalamtes 2.805 Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern in Nordrhein-Westfalen gegeben. Die Aufklärungsquote habe

bei rund 83 Prozent gelegen. Im Interesse der Opfer müsse das Parlament auch in Zukunft die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um gegen sexuelle Gewalt an Kindern vorzugehen, sagte Sieveke. Wer Kinder missbrauche bzw. Kinderpornografie erstelle oder verbreite, sei ein „Seelenmörder“.

**Verena Schäffer** (Grüne) verwies darauf, dass es neben registrierten Fällen von sexuellem Kindesmissbrauch auch eine „erhebliche Dunkelziffer“ gebe. Schätzungen zufolge seien rund 8 Prozent aller Kinder betroffen. Seit Bekanntwerden der Fälle in Lügde habe es einen Strategiewechsel gegeben, den Schäffer begrüßte. In der Ermittlungsarbeit stehe jetzt mehr im Vordergrund, andauernden Missbrauch zu erkennen und zu beenden. Mit Blick auf Lügde sei es angebracht, „über strukturelle Veränderungen bei den Jugendämtern zu diskutieren“. Hier sei die Landesregierung in der Verantwortung, den Kinderschutz zu stärken.

Kindesmissbrauch finde täglich statt, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Davor dürfe niemand die Augen verschließen. Die Zeit der „Scheuklappen-Mentalität“ sei definitiv vorbei. In Nordrhein-Westfalen werde konsequent ermittelt, Täter würden hartnäckig verfolgt und zur Rechenschaft gezogen. Kinderschutz müsse auf „allen Ebenen an allererster Stelle stehen“. Die Polizei brauche weitere Unterstützung und gut ausgebildete Spezialisten. Wie seine Vorrednerin kritisierte auch Lürbke den Begriff „Kinderpornografie“. Er werde dem Leid nicht gerecht. Der FDP-Abgeordnete sprach von „Kindesmissbrauch-Abbildungen“.

„Wir müssen die Augen aufmachen“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Alle sollten auf „Alarmsignale“ achten – zum Beispiel, wenn sich Kinder nicht ihrem Alter entsprechend verhielten oder „Wörter in den Mund nehmen, die sie eigentlich noch nicht kennen können oder sollten“. Die Politik müsse umfassende Beratungsangebote vorhalten, bei begründetem Anfangsverdacht müsse schnell gehandelt werden. Ein Grundproblem der Fahndung im Internet sei die „Flut der Daten“. Deshalb müsse die Entwicklung von Software auf Basis Künstlicher Intelligenz vorangetrieben werden. Wagner forderte zudem mehr Personal für die Polizei.

wib, tob, zab

Foto: Schälte



# Gefahr im Einsatz

## Gewalt gegen Polizeikräfte Thema einer Aktuellen Stunde

27. Mai 2020 – Der Gebrauch von Schusswaffen gegen Polizistinnen und Polizisten hat im vergangenen Jahr zugenommen, verbale und körperliche Übergriffe sind auf einem konstant hohen Niveau – das geht laut Medienberichten aus einem aktuellen Lagebild hervor, mit dem sich die Abgeordneten befasst haben. Der Plenardebatte lag ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugrunde.

Foto: Schälte

Der Antrag trägt den Titel „Null Toleranz gegenüber Gewalt gegen Polizeibeamte“ (17/9437). Die Fraktionen nehmen Bezug auf einen aktuellen Fall von „massiven Behinderungen“ bei der Festnahme eines 18-Jährigen in Duisburg-Marxloh, bei dem Polizeikräfte beleidigt und bespuckt worden seien.

Dies sei kein Einzelfall: Laut aktuellem Lagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte“ (2019) seien 9.241 Verfahren registriert, bei denen 18.541 Polizistinnen und Polizisten Opfer eines Angriffs geworden seien. Neun Mal sei auf Beamtinnen und Beamte geschossen worden, im Vorjahreszeitraum sei das vier Mal vorgekommen. Im April 2020 habe zudem die Nachricht aus Gelsenkirchen über den ersten getöteten Beamten eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) seit Gründung der Einheit im Jahr 1974 das Land erschütterte.

**Dietmar Panske** (CDU) sprach von einem „bedrückenden Thema“. In der gesamten Gesellschaft müsse eine Debatte geführt werden, warum sich die Spirale aus Respektlosigkeit und

Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte bis zu tödlichen Übergriffen immer schneller drehe. Hier gehe es nicht nur um Ausrüstung, Personal- und Mitteleinsatz. Das Ziel müsse sein, die Arbeit der Polizei in der Gesellschaft zu verankern und die Beamtinnen und Beamten besser zu schützen. Jeder Angriff sei ein Angriff auf die Grundwerte der Gesellschaft und damit „auf jeden von uns selbst“. Dies dürfe nicht länger hingenommen werden.

**Marc Lürbke** (FDP) kritisierte, immer mehr Menschen sähen in Polizistinnen und Polizisten keine Respektspersonen mehr, sondern eine „Zielscheibe“. Dabei würden die Verdächtigen immer jünger, die Gruppen immer größer. Besondere Sorge bereite ihm die hohe Zahl an Tatverdächtigen unter 18 Jahren. Lürbke forderte mehr Wertschätzung und Rückendeckung für die Beamtinnen und Beamten auch von allen politischen Kräften und die „bestmögliche Ausrüstung“. Er begrüßte in diesem Zusammenhang ein Pilotprojekt zum Einsatz von Elektroschockpistolen, sogenannten Tasern. Zudem müsse jeder Angriff strafrechtlich verfolgt werden.

Seine Vorredner hätten nichts Substanzielles zum Thema gesagt, kritisierte **Hartmut Ganzke** (SPD). Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte seien selbstverständlich „Angriffe auf jede Bürgerin und jeden Bürger“. Diese Feststellung allein reiche aber nicht aus, um eine Aktuelle Stunde im Parlament zu beantragen, zumal das Lagebild des Landeskriminalamtes den Abgeordneten nicht vorliege. Nur wenige Erkenntnisse daraus seien durch Medienberichte bekannt. Seine Vorredner hätten „lamentiert“, wie schlecht die Situation sei. Da stelle sich die Frage, was die regierungstragenden Fraktionen getan hätten, um die Gewalt gegen Einsatzkräfte zu bekämpfen.

Polizistinnen und Polizisten gingen beim Schutz von Bürgerinnen und Bürgern hohe Risiken ein, sagte **Verena Schäffer** (Grüne). Sie verdienten Unterstützung, Anerkennung und Respekt. „Aber diese Bekenntnisse allein helfen den Betroffenen doch nicht“, sagte Schäffer. „Wir sind nicht in der Kirche und geben Bekenntnisse ab, sondern sind im Parlament und diskutieren: Was heißt das konkret?“ Da sei zu fragen, wie Gewalt verhindert werden könne. Die Fraktionen von CDU und FDP hätten keine Vorschläge gemacht; sie kochten „dünne Suppe“. Ernsthaft diskutiert werden könne erst, wenn das Lagebild vorliege.

### „Sehr beunruhigend“

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** berichtete von zwei Vorfällen im Mai 2020 in Duisburg-Marxloh. Nur durch ein massives Polizeiaufgebot sei es dort möglich gewesen, zwei mit Haftbefehl gesuchte Personen festzunehmen. Menschengruppen hätten den Einsatz behindert. „Polizeifeindliche Delikte“ seien nicht ausschließlich auf Migration zurückzuführen, sagte Wagner. Jedoch seien Ausländer dreimal häufiger Täter, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspreche. Diese Täter lehnten das Land ab, das sie aufgenommen habe. Wagner forderte ein „klares und robustes Auftreten der Polizei“ und „keine Weichei-Justiz“.

Die „Auffälligkeiten“ gegenüber Polizistinnen und Polizisten reichten von Beschimpfungen, Bespucken und Angriffen bis zu Schüssen, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Die Zahlen für 2019 lägen etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Aufklärungsquote sei mit 97 Prozent hoch. „Sehr beunruhigend“ sei, so Reul, dass 27 Tatverdächtige eine scharfe Waffe bei sich gehabt und in 21 Fällen damit gedroht hätten. Die Landesregierung habe durch eine verbesserte Ausrüstung zur Sicherheit der Polizei beigetragen. Erforderlich sei zudem eine positive Haltung der Gesellschaft zur Polizei – „Wertschätzung, Respekt, Rückendeckung“.

wib, tob, zab

# Wenn das Geld knapper wird

## Debatte über Corona-Pandemie und Wohnungsmarkt

28. Mai 2020 – In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auf den Wohnungsmarkt debattiert. Anlass waren die Befürchtungen, dass steigende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit auch Folgen für Mietzahlungen beziehungsweise das Abzahlen von Immobilienkrediten haben könnten.

Die Debatte war von der SPD-Fraktion beantragt worden. Der Sachverständigenrat für Verbraucherschutz der Bundesregierung warnte, dass aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnimmobilien schnell in eine finanzielle Schieflage geraten könnten, so die Fraktion in ihrem Antrag („Corona-Pandemie: Auch ein weiterer Stresstest für den Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen?“, [17/9438](#)). Dies betreffe vor allem Nordrhein-Westfalen als „Land der Mieterinnen und Mieter“: Knapp 60 Prozent der Haushalte wohnt zur Miete.

**Andreas Becker** (SPD) kritisierte, die schwarz-gelbe Landesregierung wolle bis zum 1. Juli 2020 eine neue Mieterschutzverordnung „durchpeitschen“, die einer „Aushöhlung des Schutzes vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen bei Bestands- und Neumieter“ gleichkomme. Statt wie bisher mehr als 6 Millionen Haushalte würden vom 1. Juli an in Nordrhein-Westfalen nur noch 3 Millionen Haushalte in 18 von 396 Kommunen von Mieterschutzrechten profitieren. Ein Gutachten, das die neue Verordnung begründen sollte, sei in einer schriftlichen Anhörung von Sachverständigen „auseinandergenommen worden“.

**Fabian Schrupf** (CDU) entgegnete, seinem Vorredner gehe es „einzig und allein um den Versuch, insbesondere die neue Mieterschutz-

verordnung zu diskreditieren und so Ihren Kommunalwahlkampf zu stützen“. Das sei „durchschaubar und unseriös“. Angesichts der Corona-Pandemie müssten Vermieterinnen und Vermieter sowie Mieterinnen und Mieter „gleichermaßen“ geschützt werden. Die neue Mieterschutzverordnung solle nur dort gelten, wo sie wirklich benötigt werde und „Wirkung im Sinne der Mieterinnen und Mieter entfalten kann“. Die „NRW-Koalition“ werde alles daran setzen, dass Menschen ihre Miete bezahlen könnten.

### „Kontraproduktiv“

Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke** warf der Landesregierung ein „Aufweichen des Mieterschutzes“ vor. Dies sei insbesondere angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie „kontraproduktiv“. Mieterinnen und Mieter benötigten gerade jetzt Rückhalt und Sicherheit, insbesondere wenn sie von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit bedroht seien. Klocke forderte die Landesregierung zudem auf, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass der Kündigungsstopp bei Corona-bedingten Mietrückständen über den Juni hinaus verlängert werde. Dieses gemeinsame Signal des Landtags müsse von der Aktuellen Stunde ausgehen.

**Stephen Paul** (FDP) kritisierte den Antrag der SPD-Fraktion für die Aktuelle Stunde als

„Stimmungsmache“. Sie agiere insbesondere gegen die Interessen privater Kleinvermieterinnen und -vermieter, die für fast die Hälfte aller Vermietungen stünden. Auch sprächen die Fakten eine andere Sprache. So zeige eine Umfrage unter Immobilienunternehmen, dass derzeit die Mietausfälle im „üblichen Bereich“ von 1 bis 2 Prozent lägen. Die Unternehmen meldeten andere Probleme. So fehle es im Bauwesen an Personal, in der Folge gebe es Schwierigkeiten auf Baustellen. Sie beklagten zudem Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren.

Bei der von der SPD-Fraktion angeführten Studie handle es sich lediglich um ein „Papier“, sagte **Roger Beckamp** (AfD). In diesem „Papier“ stünden mehr Fragen als Antworten, die SPD mache aus Konjunktiven aber „reale Ergebnisse“. Dies sei ein Denkfehler, die Fraktion sei „nachlässig mit dem Papier umgegangen“. Seien Menschen länger von Einkommenseinbußen betroffen, gebe es das Instrument des Wohngeldes. Der SPD-Fraktion gehe es offenbar „nicht um faktenbasierten Erkenntnisgewinn“. Sie wolle eher „politisch erwünschte Nachrichten präsentieren“, um etwas zur Mieterschutzverordnung zu sagen.

**Ina Scharrenbach** (CDU), Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, sprach von einer „ganzheitlichen Wohnungspolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung“. Man müsse an Mieterinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter gleichermaßen denken. Früh sei ein Erlass an alle Wohngeldstellen herausgegangen, Anträge schnell zu bearbeiten und großzügig zu bewilligen. Doch auch Vermieterinnen und Vermieter müssten ihren Verpflichtungen nachkommen können. Sie kenne keinen Vermieter, der in dieser Situation kündige. „Das tut man nicht“, sagte Scharrenbach. Das wüssten die Vermieterinnen und Vermieter auch. *tob, wib, zab*



Fotos: Schälte

Andreas Becker (SPD)

Fabian Schrupf (CDU)

Arndt Klocke (Grüne)

Stephen Paul (FDP)

Roger Beckamp (AfD)

Ministerin  
Ina Scharrenbach (CDU)





## Digitaler Unterricht

27.5.2020 – Die Fraktionen von CDU und FDP fordern eine zügige Weiterentwicklung der digitalen Lernmöglichkeiten. In ihrem Antrag „Digitale Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie und danach“ ([17/9370](#)) heißt es, dass der Digitalen Bildung während der Corona-Pandemie besondere Bedeutung zukomme. „Unsere Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern sammeln gerade zahlreiche Erfahrungen im Umgang mit der neuen Situation. Um daraus gezielt Handlungsmöglichkeiten abzuleiten, ist es notwendig, die Erfahrungen auszuwerten. Die Erkenntnisse müssen zur Fortentwicklung bestehender und noch zu erarbeitender Konzepte genutzt werden.“ Bis zum Regelbetrieb der Schulen und darüber hinaus setze sich die Koalition für die „Verbesserung digitaler Lern- und Austauschmöglichkeiten für Lernende und Lehrende“ ein. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass zusätzliche Mittel im Rahmen des „Digital-Pakts Schule“ zeitnah zur Verfügung stünden. Schülerinnen und Schüler, die aus finanziellen Gründen keine eigenen Endgeräte besitzen, sollen diese in einem „möglichst einfachen Verfahren“ ausleihen können. Zudem sollen für alle Schulformen „pädagogisch und didaktisch aufbereitete digitale Unterrichtsvorhaben für den Fachunterricht und für fächerübergreifende Projekte zur Verfügung“ gestellt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen SPD und Grüne angenommen. Ein Entschließungsantrag der Grünen ([17/9441](#)) wurde abgelehnt.

## Ernährung und Schlachthöfe

27.5.2020 – Die Große Anfrage „Ernährungswirtschaft in NRW“ ([17/4892](#)) der SPD-Fraktion und die 228 Seiten umfassende Antwort der Landesregierung ([17/6320](#)) waren Thema im Plenum. Die SPD-Fraktion hatte mehr als 120 Fragen gestellt. Sie betreffen u. a. die Zahl der Unternehmen und Beschäftigungsverhältnisse

in der Ernährungswirtschaft sowie Themen wie Mindestlohn und Nachhaltigkeit in der Branche. Laut Antwort der Landesregierung waren im Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen insgesamt 979 Betriebe in der Ernährungswirtschaft tätig. Die Zahl sei von 2008 bis 2017 um 4 Prozent gestiegen. Bei der Herstellung von Futtermitteln habe es einen Zuwachs von 26 Betrieben gegeben, in der Schlachtereier und Fleischverarbeitung von 36 Betrieben. Die Zahl der Teig- und Backwarenbetriebe sei um 38 zurückgegangen. Mitberatern im Plenum wurden zwei Anträge zu Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen. In ihrem Antrag „Schlachthofbetreiber in die Verantwortung nehmen“ ([17/9347](#)) fordert die Grünen-Fraktion, dass Arbeitsverhältnisse in der Branche verbessert werden müssten. Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag „Schlachthöfe in NRW werden zu Corona-Brennpunkten“ ([17/9362](#)), dass die „Ausbeutung“ von Beschäftigten in der Fleischindustrie beendet werden müsse. Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zur Großen Anfrage ([17/9447](#)) wurde abgelehnt.

## Schulen und Universitäten

27.5.2020 – Die AfD-Fraktion fordert, Schulen und Universitäten mit sofortiger Wirkung „bedingungslos“ wieder zu öffnen. Kinder und Jugendliche müssten in der Corona-Pandemie „aus der Geiselnhaft einer Angstpsychose befreit“ werden, schreibt die Fraktion in einem im Plenum debattierten Antrag ([17/9380](#)). Demnach rechtfertige keine der vorliegenden Zahlen über Infizierte und Verstorbene „derartig massive Eingriffe in die Grundrechte, wie Deutschland sie im Augenblick erlebt“. Der „stotternde Neustart“ des beschränkten Schulbetriebs schüre „unberechtigte Ängste, welche den Aufenthalt in den Schulen belasten und zu Verunsicherungen führen“. Mit den aktuellen Maßnahmen der Landesregierung werde der „Bewegungs- und Handlungsspielraum

derartig bedeutend eingeschränkt, dass ein erfolgreiches und kontinuierliches Unterrichten erschwert, der Sozialkontakt über Gebühr verhindert und gesundheitliche Beeinträchtigungen in Kauf genommen werden“. Der Antrag der AfD-Fraktion wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

## Unterbringung von Flüchtlingen

27.5.2020 – Die Abgeordneten haben über den Antrag der Grünen-Fraktion „Geflüchtete brauchen Schutz vor Covid-19“ ([17/9344](#)) beraten. Die Landesregierung müsse ihrer „Fürsorgepflicht“ gerecht werden, fordert die Fraktion im Antrag. Und: „Die vollständige Verlegung der Angehörigen von Risikogruppen in angemessene Einrichtungen hätte bereits längst abgeschlossen sein müssen.“ Grundlegende Rechte von Geflüchteten wie die Zuweisung in Kommunen, das Recht auf Familienzusammenführung und das Recht auf Beschulung von Kindern würden beschnitten. Die Corona-Pandemie zeige, dass Massenunterkünfte langfristig „keine tragbare Lösung für eine humanitäre und sichere Unterbringung von Geflüchteten“ darstellten. Die Unterbringung müsse grundsätzlich dezentral und in möglichst kleinen Einheiten organisiert werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD mehrheitlich abgelehnt. Die SPD enthielt sich. Ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ([17/9451](#)) wurde ebenfalls abgelehnt.

## Corona und Ausbildung

28.5.2020 – Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildung in den nordrhein-westfälischen Betrieben geht es in einem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, der vom Landtag angenommen wurde. In dem Antrag „Berufliche Ausbildung während der Corona-Pandemie sicherstellen – Perspektiven für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe schaffen“ ([17/9368](#)) betonen die Fraktionen, dass die Pandemie die Akteure auf dem Ausbildungsmarkt



vor große Herausforderungen stelle. Unter den mehr als 150.000 Unternehmen, die im März und April Kurzarbeit angezeigt hätten, seien viele Ausbildungsbetriebe. Ausbildung werde vielerorts nicht wie gewohnt stattfinden können. Trotz der umfangreichen Hilfsmaßnahmen von Bund und Land sei zudem zu befürchten, dass es vermehrt zu Insolvenzen und Geschäftsaufgaben komme. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, gemeinsam mit allen Akteuren „pragmatische Lösungen zu entwickeln, damit begonnene Ausbildungen fortgesetzt werden können“. Es müsse ferner ein Maßnahmenpaket entwickelt werden, „um einem möglichen Einbruch der Zahl der Auszubildenden im Ausbildungsjahr 2020/2021 sowie 2021/2022 entgegenzuwirken“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD angenommen. Die SPD stimmte dagegen, die Grünen enthielten sich. Entschließungsanträge von Grünen ([17/9445](#)) und SPD ([17/9452](#)) wurden abgelehnt.

## Europabezug

28.5.2020 – Die nordrhein-westfälische Verfassung soll 70 Jahre nach ihrem Inkrafttreten um einen Europabezug ergänzt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen vor, der in erster Lesung im Plenum beraten wurde ([17/9352](#)). Nordrhein-Westfalen habe „nicht zuletzt aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas und seiner besonders engen Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn“ ein besonderes Interesse an den Errungenschaften der europäischen Integration. Die Verfassungsgeber des Jahres 1950 hätten die bis heute erreichte Tiefe und Breite der europäischen Integration nicht vorhersehen können. In Artikel 1 Absatz 1 soll der ursprüngliche Satz „Nordrhein-Westfalen ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland“ um „und damit Teil der Europäischen Union“ ergänzt werden. Zudem wird vorgeschlagen, einen neuen dritten Absatz hinzuzufügen. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

## Kommunalwahlen

29.5.2020 – Angesichts der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sollen für die Kommunalwahlen im Herbst 2020 neue Regelungen gelten. Grundlage ist ein Gesetzentwurf ([17/9365](#)) der Fraktionen von CDU, SPD und FDP, der in zweiter Lesung beschlossen werden sollte (Abstimmung nach Redaktionsschluss). Die erste Lesung hatte am 28.5.2020 stattgefunden. Laut Gesetzentwurf wird „einmalig als letzter Tag (Stichtag) für die Einreichung von Wahlvorschlägen der 48. anstelle des 59. Tages vor der Wahl bestimmt“. Die Anzahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften soll auf jeweils 60 Prozent der ansonsten vorgesehenen Anzahl abgesenkt werden, „um die Chancengleichheit für insoweit betroffene Wahlvorschlagsträger auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie zu wahren“. Die Obergrenze für die Einteilung von Stimmbezirken solle von 2.500 auf 5.000 Einwohner verdoppelt werden. Das ermögliche Gemeinden, die Anzahl der benötigten Urnenwahlvorstände und -wahlräume bei Bedarf deutlich zu reduzieren. Der Zutritt zu Wahlräumen könne reguliert und Schutzmaßnahmen könnten getroffen werden, etwa durch Mindestabstände von 1,5 Metern und Glas-trennwände zwischen Wahlvorstand und Wählerinnen und Wählern. Die AfD-Fraktion hatte einen eigenen Gesetzentwurf ([17/9342](#)) eingebracht. Zudem lagen zum Gesetzentwurf der drei Fraktionen ein Entschließungsantrag der Grünen ([17/9455](#)) und ein Änderungsantrag der AfD ([17/9504](#)) vor. Auch diese Abstimmungen fanden nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt.

## Rheinisches Revier

29.5.2020 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und dem Abbau im Rheinischen Revier befasst. Der Debatte lag ein Antrag der Grünen-Fraktion ([17/9437](#)) zugrunde. Darin verweist die Fraktion „auf eine von Greenpeace veröffentlichte Studie des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“. Ihr zufolge dürften nur noch 280 Millionen Tonnen Kohle aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler II verstromt werden, „um das nationale CO<sub>2</sub>-Budget nicht zu übersteigen“. Auch ohne weitere Umsiedlungen von Dörfern und bei Erhalt des Hambacher Forstes könnten deutlich größere Mengen Braunkohle „als klimapolitisch zulässig“ in den Tagebauen gefördert werden. Die Landesregierung müsse daher für den Erhalt des Hambacher Waldes und der Garzweiler-Dörfer sorgen, sagte **Wibke Brems** (Grüne). Die Ergebnisse der neuen Studie müssten in die Leitentscheidung der Landesregierung einbezogen werden, die in Arbeit sei. **Thomas Schnelle** (CDU) kritisierte, die Umsiedlungen der Garzweiler-Dörfer seien bereits 2016 von Rot-Grün beschlossen worden, nun zur Hälfte vollzogen und nicht mehr rückgängig zu machen. Die Grünen entfernten sich vom Kompromiss der Kohlekommission. **Stefan Kämmerling** (SPD) sagte, das Wesen eines Kompromisses bestehe darin, verschiedene Interessen zu verbinden. „Jeder muss etwas zurückstecken.“ Der mühsam erreichte gesellschaftliche Frieden aus dem Vorjahr dürfe nicht infrage gestellt werden. **Dietmar Brockes** (FDP) sagte, die Grünen kündigten den gesellschaftlichen Konsens auf, der mit den Empfehlungen der Kohlekommission gefunden worden sei. Dies sei „schäbig“. Zugleich „torpedierten“ die Grünen die Umsetzung des gefundenen Kohlekompromisses. Dies schade dem Rheinischen Revier. **Christian Loose** (AfD) kritisierte, dass die Grünen allein den Klimaschutz im Auge hätten und nicht die Notwendigkeit einer sicheren Versorgung der Menschen und der Unternehmen mit Energie. Sie wollten den „Strom weiter abgraben“ und begründeten dies mit einer „zweifelhaften Studie“. Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) betonte, die Studie gehe von realitätsfernen Annahmen und Prognosen aus und führe zu unzutreffenden Ergebnissen. Die Landesregierung stehe zum Kohlekonsens und werde nach den Beschlüssen des Bundes ihre Leitentscheidung treffen.



# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur Anpassung und Bereinigung schulrechtlicher Vorschriften (15. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [17/7770](#), [17/9386](#), [17/9456](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. Mai 2020 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (AbgG NRW) und des Gesetzes über die Rechtsstellung der Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen (FraktG NRW)** | [17/9031](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 2. Lesung am 27. Mai 2020 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung der Wasserverbandsgesetze aufgrund der Corona-Pandemie** | [17/9053](#), [17/9387](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 27. Mai 2020 | verabschiedet

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** | [17/9300](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 27. Mai 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Erleichterung der Teilnahme an den Kommunalwahlen während der Corona-Pandemie (Kommunalwählerleichterungsgesetz NRW)** | [17/9342](#) | AfD | 1. Lesung am 28. Mai 2020, 2. Lesung am 29. Mai 2020 | Abstimmung nach Redaktionsschluss

**Gesetz zur Durchführung der Kommunalwahlen 2020** | [17/9365](#) | CDU, SPD, FDP | 1. Lesung am 28. Mai 2020, 2. Lesung am 29. Mai 2020 | Abstimmung nach Redaktionsschluss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020)** | [17/9374](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 27. Mai 2020, 2. und 3. Lesung am 28. Mai 2020 | verabschiedet

**Gesetz zur Einfügung des Europabezuges in die Landesverfassung** | [17/9352](#) | CDU, SPD, FDP | 1. Lesung am 28. Mai 2020 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW)** | [17/7907](#) | AfD | 2. Lesung am 28. Mai 2020 | abgelehnt

**Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW)** | [17/8796](#), [17/9391](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 28. Mai 2020 | verabschiedet

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW)** | [17/7360](#) | AfD | 2. Lesung am 28. Mai 2020 | abgelehnt

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW)** | [17/7747](#) | AfD | 2. Lesung am 29. Mai 2020 (Beschluss nach Redaktionsschluss)

**Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2020 (Bildungssicherungsgesetz)** | [17/9051](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 30. April 2020 | verabschiedet

**Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHHG 2020)** | [17/9060](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Digitalisierung wirtschaftsbezogener Verwaltungsleistungen** | [17/9007](#) | Landesregierung | Ausschuss für Digitalisierung und Innovation | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften** | [17/8795](#) | Landesregierung | Ausschuss für Digitalisierung und Innovation | in Beratung

**Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW)** | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW)** | [17/8797](#) | Landesregierung | Ausschuss für Europa und Internationales | in Beratung

**Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen** | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des West-**

**deutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz)** | [17/8417](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren (Gifftiergesetz – GiftTierG NRW)** | [17/8297](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW** | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen** | [17/7926](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern** | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter** | [17/7539](#) | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW)** | [17/7367](#) | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW)** | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK** | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung



# Spielbanken vor der Privatisierung

## Sachverständige äußern sich zu Gesetzentwurf der Landesregierung

7. Mai 2020 – Die Landesregierung will die WestSpiel-Gruppe verkaufen und die derzeit vier Spielbanken in Aachen, Bad Oeynhausen, Dortmund und Duisburg privatisieren. Zum entsprechenden Gesetzentwurf äußerten sich Sachverständige in einer gemeinsamen Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses, des Hauptausschusses sowie des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Das „Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen“ (17/8796) sowie ein Änderungsantrag von CDU und FDP (17/9391) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Opposition am 28. Mai 2020 im Plenum verabschiedet. Derzeit sehe das Spielbankgesetz noch ein Monopol des Landes vor, heißt es im „Spielbankgesetz NRW“. Die Genehmigung zum Betrieb einer Spielbank solle künftig im Rahmen eines Konzessionsverfahrens erfolgen. Es solle nur eine Konzession erteilt werden, „die die Erlaubnis zum Betrieb von bis zu sechs Spielbanken beinhaltet“. Aktuell gibt es in NRW vier Spielbanken. Durch den wettbewerbsfreien Betrieb werde „das Risiko vermindert, dass exzessiv um Gäste geworben wird und dadurch Personen zum Glücksspiel verleitet werden, die zuvor hierzu keinen Entschluss gefasst hatten“, so die Landesregierung.

Der Gesetzentwurf gehe „grundsätzlich in die richtige Richtung“, so Rechtsanwalt Rolf

Karpenstein (Rechtsanwälte Blume, Ritscher, Nguyen, Rega; Hamburg) in seiner Stellungnahme für die Ausschüsse. An einigen Punkten müsse jedoch noch „geschliffen werden“. So könne die Vergabe nur einer Konzession, an der dann die Betriebserlaubnis für die jeweiligen Spielbanken angehängt werde, „möglicherweise nicht ganz unproblematisch sein“.

Es sei begrüßenswert, dass die Landesregierung beabsichtige, sich auf die Rolle des „Regulierers“ und Aufsehers zu beschränken und auf eine aktive Marktteilnahme zu verzichten, befand Prof. Dr. Justus Haucap (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät). Eine private Betriebsführung und Übernahme der unternehmerischen Risiken erscheine „eindeutig vorzugswürdig“.

Eine Privatisierung der Spielbanken würde eine „Verwerfung im Bereich der Kontrolle beseitigen“, so die Kölner Fachstelle Glücksspielsucht. Derzeit sei der Staat Anbieter und zugleich Kontrolleur. Die Privatisierung führe zu einer „klaren Trennung“ und damit zu einem verbesserten Verbraucherschutz.

Die NRW.Bank begrüßte die geplanten Änderungen. Der Gesetzentwurf enthalte wichtige Neuregelungen zur Sicherstellung eines wirtschaftlich tragfähigen Spielbankangebots.

Die Argumente der Landesregierung für eine Privatisierung seien stichhaltig und evident, so der Konzernbetriebsrat WestSpiel. Der Gesetzentwurf enthalte „grundsätzlich viele Anlagen für ein funktionierendes Casino-Spiel in

Nordrhein-Westfalen. Einige bergen jedoch das Risiko, dass der Schutz der Bevölkerung und die Sicherung von Arbeitsplätzen hinter wirtschaftlichen Interessen zurückbleiben“.

Bisher habe das Land die Arbeit der „Stiftung Wohlfahrtspflege NRW“ gesichert, betonte die Stiftung. Man habe soziale Projekte mit rund einer Milliarde Euro aus der Spielbankabgabe gefördert. Die Förderung müsse auch in Zukunft sichergestellt sein.

Die „Landeskoordinierungsstelle Glücksspielsucht NRW“ kritisierte, dass „mindestens vier Spielbanken verpflichtend und zwei weitere Spielbanken unverlangt betrieben werden können“. Bei Spielhallen seien in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden, „um die Verfügbarkeit aus suchtpräventiven Gründen zu reduzieren“. Die Forschung zeige, „dass Verfügbarkeitsbeschränkungen eine wirksame Maßnahme sind“. Umso erstaunlicher sei, dass bei den Spielbanken der entgegengesetzte Weg beschritten werden solle.

### Kritik von Gewerkschaften

Kritik am Gesetzentwurf kam auch von Gewerkschaftsseite. Der Schutz von Spielerinnen und Spielern werde nicht verbessert, so die Deutsche Steuer Gewerkschaft. Sie fürchtet zudem ein Mehr an Bürokratie. Unklar bleibe, „warum zwei weitere Spielbanken zugelassen werden sollen“.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter empfahl ebenfalls, die mögliche Eröffnung zweier weiterer Spielbanken aus dem Gesetzentwurf zu streichen. Entscheidend für die Option seien offenbar „unternehmerische Entscheidungen der Gewinnmaximierung“.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi vermisste eine „schlüssige Begründung, warum die NRW-Spielbanken privatisiert werden müssen“. Die Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten finde sich „an keiner Stelle im vorliegenden Entwurf wieder“. Es gebe weder eine Standort- noch eine Beschäftigungsgarantie.

Die Städte Aachen, Bad Oeynhausen, Dortmund und Duisburg forderten in ihren Stellungnahmen u. a. eine gesetzliche Absicherung als Spielbankstandorte.

zab

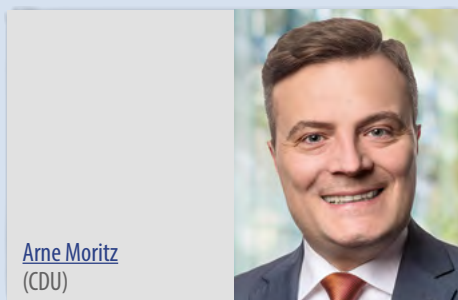
Foto: Schälte

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

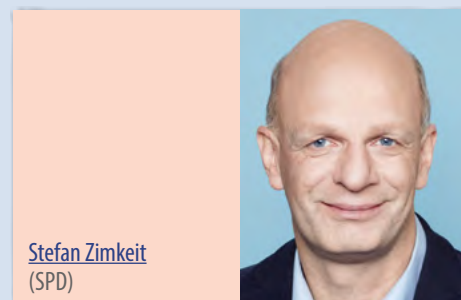
SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Spielbanken“



Arne Moritz  
(CDU)



Stefan Zimkeit  
(SPD)

### **Die Privatisierung der Spielbanken ...**

... ist für uns die logische Antwort auf die Frage, ob das Land Nordrhein-Westfalen selbst Spielbanken betreiben muss – oder anders gesagt, auf die Frage: Muss der Staat mit am Roulette-Tisch sitzen? Das Land setzt auch in Zukunft einen hohen Standard beim Spielerschutz. Das Bild des Landes als Glücksspiel-Betreiber widerspricht aber unserem Staatsverständnis im Grundsatz.

... ist der falsche Weg. CDU und FDP wollen auf dem Rücken der Beschäftigten und zum Schaden des Spielerschutzes ihre „Privat vor Staat“-Ideologie durchsetzen. Zudem wurde in der Expertenanhörung die Befürchtung geäußert, dass das Gesetz der Geldwäsche Vorschub leistet.

### **Zwei weitere Spielbanken ...**

... sind eine wirtschaftliche Option für interessierte Investoren. Aber diese müssen die hohen Kriterien der Landesregierung in den Punkten Qualität und Schutz der Spieler erfüllen. Und natürlich müssen auch diese Casinos die gesetzliche Spielbankenabgabe zur Finanzierung wohltätiger Zwecke leisten.

... sind aus Sicht der meisten Sachverständigen unnötig. Damit wird die WestSpiel für potentielle Käufer attraktiver gemacht, um das politische Ziel der Privatisierung um jeden Preis durchzusetzen. Damit werden private Betreiber gegenüber dem öffentlichen Betreiber bevorzugt. Die Gefahr, dass Standorte gegeneinander ausgespielt und damit gefährdet werden, ist enorm hoch.

### **Spielsucht-Prävention ...**

... ist die Messlatte bei der Privatisierung und wird staatlich weiterhin streng kontrolliert. Auch private Träger haben ein Interesse an bestmöglichem Spielerschutz und guter Sucht-Prävention. In den privatisierten Spielbanken in Berlin und Sachsen-Anhalt beispielsweise ist der Schutz der Spieler deutlich verbessert worden. Der neue Glücksspielstaatsvertrag wird ebenfalls weitere bundesweite Maßstäbe setzen.

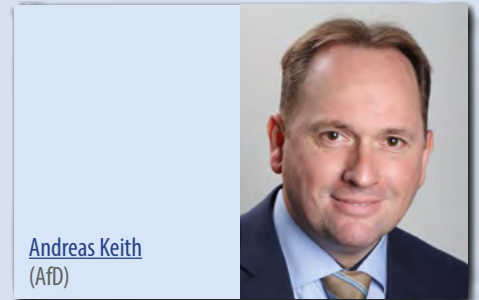
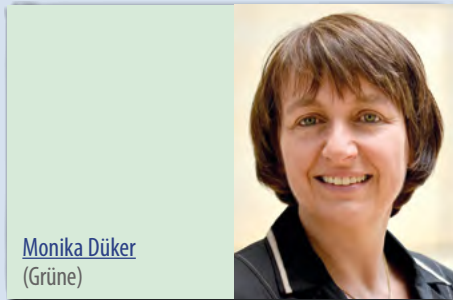
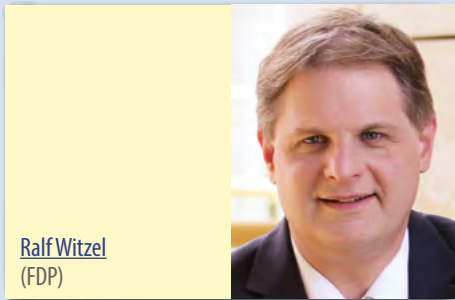
... muss das leitende Motiv bei der Regulierung von Glücksspiel sein. Der vorliegende Entwurf weist hier erhebliche Mängel auf. Strikte Regulierung und Kontrolle sind nicht sichergestellt, weil ein privater Anbieter vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgt. Es ist zu befürchten, dass sich mit der Privatisierung der Spielerschutz verschlechtert.

### **Die bisherigen Standorte ...**

... bieten ein attraktives Spielangebot an außergewöhnlichen Standorten. Damit wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Spielinteressierte auch ein vielfältiges und sicheres Angebot in ihrer Nähe finden. Dafür sollen sie nicht auf die Spielbanken außerhalb Nordrhein-Westfalens ausweichen müssen.

... brauchen eine Garantie. Insbesondere die über tausend Beschäftigten brauchen Klarheit über ihren Arbeitsort. Aber auch für die Städte vor Ort haben die Spielbanken eine wichtige Funktion. So sichern sie den Städten wichtige Einnahmen. Der Entwurf gibt keine Garantien für die bestehenden Standorte, was auch die Kommunen scharf kritisieren.





... ist richtig und notwendig. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, wie die Probleme und Verluste bei WestLB, BLB und WestSpiel-Staatscasinos zeigen. Etliche andere Bundesländer mit Regierungsbeteiligung von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei haben die Marktrisiken der im Umbruch befindlichen Glücksspielbranche längst vom Steuerzahler an private Betreiber übertragen und so für die öffentliche Hand reduziert.

... können völlig unabhängig von der Frage eines öffentlichen oder privaten Betreibers helfen, eine Kundenabwanderung in andere Länder oder zu fragwürdigen Spielangeboten zu vermeiden. Eine Standortausweitung haben die Staatscasinos bereits vor Jahren angekündigt, um die drohende Insolvenz abzuwenden. Legale Casinos unter Aufsicht und vor Ort sind besser zu kontrollieren als Internetangebote im Ausland.

... ist ein zentrales Anliegen der FDP. Glücksspiel sollte daher größtmöglich an Orten stattfinden, die behördlich streng kontrolliert werden. Lizenzierte private Spielbanken haben in Deutschland den Spielerschutz seit Jahren quantitativ und qualitativ ausgebaut und zur Suchtprävention neue Sozialkonzepte, Checklisten und Einlasskontrollsysteme zuerst eingeführt, bevor sie allgemein Standard wurden.

... werden auch nach neuer Gesetzeslage konzessioniert und weiter betrieben. Das erhält Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in den jeweiligen Kommunen. Es dient deren Stabilisierung, wenn sich ein privater Erwerber findet, der mit eigenem Geld notwendige Investitionen zur Modernisierung des Spielangebotes tätigt, die den Staatscasinos bislang aufgrund ihrer vielen defizitären Jahre nicht möglich sind.

... folgt allein der Ideologie „Privat vor Staat“. In der Präsenzhörung, auf die wir als Opposition bestanden haben, wurde deutlich, dass der Gesetzentwurf selbst viele gute Gründe darlegt, warum die Privatisierung abzulehnen ist. Nichts sprach dabei für eine Privatisierung. Der Gesetzentwurf wird weder den Interessen der Standortkommunen, noch den Interessen der Beschäftigten gerecht.

... sind aus suchtpreventiven Gründen abzulehnen. Sie dienen nicht der Kanalisierung der Spielsucht, sondern der Gewinnmaximierung des zukünftigen Investors. Nur eine Verringerung des Angebots wäre echter Spielerschutz. Darüber hinaus schaffen neue Standorte Konkurrenz zwischen den Spielbanken zum Nachteil der Mitarbeitenden. Auch dies wurde in der Anhörung zum Gesetzentwurf deutlich.

... ist das wichtigste Ziel des Spielbankgesetzes. Die Anhörung zum Spielbankgesetz hat jedoch verdeutlicht, dass der vorliegende Gesetzentwurf den Spielerschutz eher gefährdet, als ihn zu steigern. Daher lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

... benötigen eine echte Standortgarantie. Diese fehlt jedoch im vorliegenden Gesetzentwurf. Die Kommunen sind auf eine unveränderte kommunale Spielbankenabgabe angewiesen und auch für die Mitarbeitenden bedeutet eine Standortgarantie Sicherheit für ihre Arbeitsplätze.

... wirft viele Fragen auf. Neben der grundsätzlichen und sorgfältig abzuwägenden Entscheidung, ob eine Privatisierung erstrebenswert ist, stellt sich angesichts der Ereignisse in den letzten Monaten die Frage des richtigen Zeitpunkts. Für eine Privatisierung bedarf es Interessenten, denen das Angebot zusagt und die das wirtschaftliche Risiko einer sich im Umbruch befindenden Branche eingehen wollen.

... in der geplanten Form wirken auf uns, als wolle man einem privaten Erwerber ein Angebot mit Option auf Umsatzwachstum als Zugabe machen, ohne Rücksicht auf die Beschäftigten. Denn für die bedeutet z.B. freie Standortwahl bestenfalls ein Einsatz an einem anderen Ort, schlimmstenfalls die Kündigung, wenn ein Umzug u. a. aus familiären Gründen ausscheidet. Das lehnen wir ab!

... wird mit diesem Spielbankengesetz u.a. konterkariert durch die Idee, für den Spielerschutz Kundenbetreuer – die eigentlich völlig andere Aufgaben haben – verantwortlich zu machen. Offenbar will man vor allem privaten Betreibern entgegenkommen, indem man z.B. Zugangsmöglichkeiten deutlich erleichtert und finanziell entgegenkommende Regelungen anbietet. Hier werden völlig falsche Prioritäten gesetzt!

... werden nach einer Privatisierung durch die neuen Erwerber nach rein betriebswirtschaftlichen Prämissen überprüft und entsprechend reduziert. Für die Beschäftigten an den weniger lukrativen Standorten brechen damit äußerst unsichere Zeiten an. Für sie wird es mit dieser Fassung des Gesetzes bald heißen: „Rien ne va plus!“

Sitzung

# AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Initiative „Silent Rider“ im Bundesrat verabschiedet



Foto: Adobe Stock

Der Frühling beginnt und mit ihm die Motorradsaison. Biker aus ganz Deutschland fahren ins Bergische Land, die Eifel oder ins Hochsauerland, um von den Serpentinafängen und dem damit verbundenen Fahrspaß zu profitieren. Doch im Gegensatz zu den Motorradbegeisterten fühlen sich immer mehr Anwohner durch den Motorradlärm gestört. Dass das Problem der Lärmbelastung wichtig für die Bürgerinnen und Bürger ist, haben wir erkannt und sind es angegangen. Die NRW-Koalition sieht in Fahrspaß, Sicherheit und im verantwortungsvollen Miteinander Themen, die Seite an Seite gehen und miteinander vereinbar sind. Aus diesem Grund haben wir beim Bundesrat eine Initiative zur „Wirksamen Minderung und Kontrolle von Motorradlärm“ eingebracht, der nun zugestimmt wurde. Ziel ist es, der Polizei eine einfachere Messung von Fahr-

geräuschen zu ermöglichen, um eventuelle Manipulationen unkompliziert vor Ort aufzudecken. Auch verstärkte Polizeikontrollen, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, sollen in den betroffenen Regionen zu einem besseren Miteinander der Anwohner und Motorradfahrer führen. Wir wollen keineswegs verschiedene Verkehrsmittel und ihre Nutzung bewerten, sondern nur den unterschiedlichen Interessen gerecht werden und Interessenskonflikte vermeiden. Denn damit alle den Frühling genießen können, müssen die Bedürfnisse der Anwohner sowie der Motorradfahrer in Einklang gebracht werden.



## Auch mit Maske „Freiheit - Solidarität - Gerechtigkeit“ ausdrücken

Seit ein paar Wochen gibt es auch in NRW eine allgemeine Maskenpflicht. Eine richtige und wichtige Maßnahme im Kampf gegen das Corona-Virus. An vielen öffentlichen Orten

sieht man die Masken in den verschiedensten Ausführungen. FFP 1-3 Masken aus dem medizinischen Bereich, Einmalmasken, selbstgenähte Exemplare, an Bahnhöfen, in Geschäften, Apotheken, Arztpraxen oder auf dem Wochenmarkt sind sie Pflicht.

Damit die Maske auch richtig passt, hat sich Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW, sogar den Vollbart abrasieren lassen: „Masken sind sinnvoll, sie schützen und können Leben retten. Da musste der Bart halt ab“, so Kutschaty. Die Einhaltung der Abstandsregeln und das Tragen von Masken sorgen dafür, dass wir schneller

wieder ohne Beschränkungen leben können. „Als SPD-Fraktion wollten wir deshalb mit gutem Beispiel voran gehen und haben für alle 69 Abgeordneten und die Mitarbeiter der Fraktion Masken im SPD-Look bestellt.“

Die Stoffmasken tragen die Aufschrift „Freiheit – Solidarität – Gerechtigkeit“ und sind in der Fraktion sehr beliebt. Wenn man sich darunter schon nicht anlächeln kann, sollen sie zumindest ein bisschen Freude machen. „Sich und andere schützen – darauf kommt es momentan an. Dass wir dabei auch noch unsere politischen Grundwerte präsentieren können, ist ein schönes Extra“, resümiert Thomas Kutschaty.





## Corona eindämmen – Bürgerrechte schützen

Eine intelligente Corona-Tracing-App kann der maßgebliche Schlüssel zur Eindämmung des Virus und der weitergehenden Wiederöffnung des öffentlichen Lebens sein. Darin sind sich alle politischen Akteure einig. Denn durch eine App können Infektionsketten nachvollzogen und Kontaktpersonen automatisch informiert werden. Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, umgehend eine europaweite Tracing-App zu entwickeln. „Mit der Wiederöffnung der EU-Binnengrenzen müssen Infektionsketten auch grenzüberschreitend nachvollzogen werden können“, betont Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Zudem muss eine App auch den Ansprüchen an den Datenschutz gerecht werden. „Sie braucht deshalb klare Leitplanken: Denn



Vertrauen in die App entsteht nur, wenn die App auch vertrauensvoll mit Bürgerrechten umgeht“, sagt Lürbke. Die Datenspeicherung darf nur dezentral erfolgen und muss klar begrenzt sein. Unmissverständlich ausgeschlossen muss sein, dass Daten für andere Zwecke als zum Schutz der Gesundheit vor Covid19

verwendet werden. Wichtig ist ebenfalls, dass die App bewusst durch den Nutzer aktiviert wird und leicht bedienbar ist. „An der Entwicklung der europäischen Corona-Tracing-App müssen Deutsche Forschungsinstitute beteiligt sein. Der Quelltext der App soll dann offengelegt werden, so dass Transparenz und Überprüfbarkeit ermöglicht werden.“ Diese und weitere Leitplanken hat die FDP-Landtagsfraktion in einem Positionspapier mit dem Titel „Der Weg zu einer europäischen Tracing App – Datenschutz und Pandemiebekämpfung vereinen“ formuliert.



## 30 Jahre Grüne Landtagsfraktion



Am 13. Mai 1990 gelang uns mit 5,0 Prozent der Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Zu ihrer ersten Plenarsitzung brachten die zwölf Abgeordneten symbolisch Pflanzen mit – die politische Begrünung unseres Bundeslandes begann. Seitdem sind wir von dort nicht mehr wegzudenken und stolz auf das bisher von sieben Grünen Fraktionen Erreichte. Denn schon fünf Jahre später verdoppelten wir unseren



Stimmenanteil und bildeten die erste rot-grüne Landesregierung. Seit Mai 2017 setzen wir uns als kritisch-konstruktive Opposition für die Interessen der Menschen in NRW ein.

Nun können wir auf 30 Jahre GRÜNE Landtagsfraktion zurückblicken und stellen fest: Grüne Politik ist heute so gefragt – und so relevant – wie nie. Wir kämpfen weiter dafür, NRW ökologisch und sozial für die Zukunft

aufzustellen und in seiner Vielfältigkeit zu erhalten. Nicht zuletzt auch bei der Bewältigung der Corona-Krise lenken wir den Blick auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft, eine gerechte Unterstützung und eine nachhaltige Förderung der Wirtschaft.

Monika Düker und Arndt Klocke, Vorsitzende der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW, sind sich sicher: „Selbstverständlich haben wir noch viel vor und freuen uns darauf, weiter für unsere Ziele im Landtag im besten demokratischen Sinne zu streiten.“



## Landtagsarbeit unter Corona-Bedingungen

Statt „Landtag Intern“ bedeuten die Schutzmaßnahmen in der Corona-Krise für die meisten Mitarbeiter der Fraktionen „Landtag Extern“: Teilweise gespenstisch leere Gänge machen deutlich, dass in diesen Tagen das Home-Office zu ungeahnter Blüte kommt, die meisten,

auch aus der AfD-Fraktion, arbeiten von ihrem Schreibtisch zuhause.

Nach einer kurzen organisatorischen Eingewöhnungsphase klappt dieser Modus ganz hervorragend, mittlerweile sind alle ganz begeistert von den technischen Möglichkeiten und stimmen sich routiniert über Video- und Telefonkonferenzen miteinander ab.

Gerade zu Beginn der Krise hat die AfD-Fraktion mit darauf geachtet, dass sich die Landesregierung auf die Eindämmung der Pandemie konzentrieren konnte und deshalb darauf verzichtet, dies durch z. B. verschiebbare Anfragen zu behindern. Mittlerweile wird jedoch wieder intensive Oppositionsarbeit geleistet. Wie wichtig die ist, sieht man vor allem an den teilweise massiven Einschränkungen von Grundrechten der Bürger. Daher achtet die

AfD sehr aufmerksam auf die Ausgewogenheit der Maßnahmen und baldige Wiedererlangung grundgesetzlich garantierter Freiheiten.

„Es ist an der Zeit, die Verantwortung für die eigene Gesundheit an die längst sensibilisierte Bevölkerung zurückzugeben. Gleichzeitig müssen gefährdete Personen und diejenigen, die diese regelmäßig versorgen, dabei unterstützt werden, sich selbst ausreichend schützen zu können“, sagt Andreas Keith, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Der übrigens auch in der Krise jeden Tag in seinem Landtagsbüro anzutreffen ist.





Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Ökolandbau

6.5.2020 – Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hat sich mit einem Antrag der Grünen-Fraktion zum Ökolandbau befasst. Rund 2.160 Betriebe arbeiteten in Nordrhein-Westfalen nach der EU-Öko-Verordnung, das seien 5,9 Prozent der hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag ([17/6738](#)). Im Vergleich zum Jahr 2001 habe sich die Zahl der Bio-Betriebe in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten übersteige derzeit aber die heimische Produktion. [Norwich Rüße](#) (Grüne) bemerkte, dass heimische Betriebe profitieren könnten, wenn sie auf Ökolandbau umstellten. Zugleich leisteten sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landbewirtschaftung. [Annette Watermann-Krass](#) (SPD) sagte, das Ziel der Bundesregierung sei, 20 Prozent der Flächen durch ökologischen Landbau zu bewirtschaften. Nordrhein-Westfalen hinke im Ländervergleich aber weit hinterher. [Bianca Winkelmann](#) (CDU) kritisierte, die Grünen spielten Ökolandbau und konventionelle Landwirtschaft gegeneinander aus. Konsumenten sollten frei entscheiden können, welche Produkte sie wählen. „Wir setzen auf freiwillige Marktregulierung.“ [Stephan Haupt](#) (FDP) wies darauf hin, dass die finanzielle Förderung für den Ökolandbau in den vergangenen Jahren stark ausgebaut worden sei. Aktuell mangle es an freien Flächen. [Dr. Christian Blex](#) (AfD) sagte, dass sich die Grünen „mit der ökologischen Brechstange“ für ihre Ziele einsetzten, die Mehrzahl der Menschen aber keine teuren Bio-Lebensmittel wollten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Grünen und die SPD stimmten dafür.

## NRW.Bank

7.5.2020 – Vorstandsmitglieder der landeseigenen NRW.Bank haben im Haushalts- und Finanzausschuss über Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der

Corona-Pandemie berichtet. Die Förderbank des Landes sei dazu aktuell vornehmlich in drei Handlungsfeldern aktiv, sagte Vorstandsmitglied Gabriela Pantring. Ziel sei erstens, vom Bund bewilligte Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) „schnell und einfach“ nach Nordrhein-Westfalen zu holen, u. a. zur Unterstützung der Wirtschaft. Im März seien Beratungen über ein Telefoncenter ausgeweitet worden. In Spitzenzeiten seien rund 2.500 Anrufe täglich mit Fragen zu Förderprogrammen eingegangen; vor Ausbruch der Pandemie seien es rund 150 Anrufe täglich gewesen. In ihrem zweiten Handlungsfeld wolle die NRW.Bank dafür sorgen, eigene Unterstützungsangebote so auszurichten, dass Förderlücken des Bundes geschlossen würden. Nachgedacht werde aktuell u. a. über eine Absicherung der Betriebsmittelfinanzierung, die etwa von Kitas und Betrieben der Verkehrsinfrastruktur in Anspruch genommen werden könnten. In ihrem dritten Handlungsfeld konzentrierte sich die NRW.Bank auf künftige Maßnahmen, um Investitionen anzustoßen. Es gelte u. a. dafür zu sorgen, dass Unternehmen auch dann Kredite erhielten, wenn Banken die Bonität eines Betriebs herunterstufen.

## Heinsberg-Studie

13.5.2020 – Der Bonner Virologe Prof. Dr. Hendrik Streeck hat im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Endergebnisse der Studie „Covid-19 Case-Cluster-Study“ berichtet. In der sogenannten Heinsberg-Studie haben der Wissenschaftler und sein Team im Auftrag der NRW-Landesregierung das Infektionsgeschehen in der Gemeinde Gangelt im Kreis Heinsberg untersucht, wo sich nach einer Karnevalsitzung im Februar besonders viele Menschen mit dem Corona-Virus infiziert hatten. Das Forscherteam habe bei 919 Einwohnerinnen und Einwohnern in 405 Haushalten Antikörpertests durchgeführt sowie Rachenabstriche, Speichel- und Blutproben genommen, sagte Streeck. Von den Getesteten seien rund 15 Prozent infiziert gewesen. Ausgehend

von den mit dem Coronavirus assoziierten Todesfällen in Gangelt haben die Studienautoren eine Sterblichkeitsrate von 0,37 Prozent für den Ort errechnet. Gefragt nach der Öffentlichkeitsarbeit für die Studie durch die Berliner Agentur „Storymachine“ wehrte sich Streeck gegen Vorwürfe, die Ergebnisse seien möglichst öffentlichkeitswirksam „vermarktet“ worden. „Das war keine Vermarktung“, sagte Streeck. Es habe eine starke Nachfrage an Informationen zur Studie gegeben, eine professionelle Agentur habe sich darum gekümmert. Daran sei „von meiner Seite aus nichts Verwerfliches“. Wichtiger sei es, die Forschungsergebnisse selbst zu diskutieren.

## Enquetekommission IV

19.5.2020 – Mit ihrer konstituierenden Sitzung hat die Enquetekommission (EK) IV „Einsamkeit – zur Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ ihre Arbeit aufgenommen. Der Landtag hatte die Einsetzung der Kommission am 22. Januar 2020 auf Antrag der AfD-Fraktion ([17/8420](#)) bei Enthaltung aller anderen Fraktionen beschlossen. Demnach soll sich die Kommission mit Folgen zunehmender Einsamkeit u. a. für die Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik beschäftigen.

## Enquetekommission V

27.5.2020 – Die Enquetekommission V hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie trägt den Titel „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern“. Die Kommission war im Januar auf Antrag der FDP-Fraktion ([17/8414](#)) mit den Stimmen aller Fraktionen eingesetzt worden. Sie soll u. a. der Frage nachgehen, wie „nachhaltiger Umwelt- und Klimaschutz im Einklang mit Landwirtschaft und Gesellschaft“ gestaltet werden kann, heißt es im Antrag.



# Porträt: Lorenz Deutsch (FDP)



Lorenz Deutsch hält einen Moment inne. Man hätte schon über hellseherische Gaben verfügen müssen, sagt er dann, um sich die Bedingungen vorzustellen, unter denen die Menschen in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik, in Europa und nahezu überall auf der Welt seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie vor einigen Monaten zu leben gezwungen sind. Voller Staunen denkt er daran zurück, wie schnell sich sein normalerweise prall gefüllter Terminkalender binnen weniger Tage geleert hat, als ob „das Wasser abläuft, wenn der Stöpsel aus der Badewanne gezogen wird“. Langweilig wurde es dem kulturpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion dennoch nicht. Statt Stunden in der Bahn, dem Auto und den verschiedensten Sitzungsräumen zu verbringen, häuften sich die Telefon- und Videokonferenzen am heimischen Schreibtisch.

Dass er auf viele direkte Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern des Landes, Begegnungen mit Familie, Freunden sowie Gesprächspartnerinnen und -partnern aus der Kulturszene verzichten musste, war für den 51-jährigen Kölner schmerzhaft und besonders gewöhnungsbedürftig. Die vom Staat angeordneten Einschränkungen hält Deutsch gleichwohl für richtig, sie hätten dazu beigetragen, dass Land und Bund die Herausforderungen einigermaßen bestanden haben. Bedenken hat der Liberale dennoch bei den tiefen Eingriffen in das private Leben der Menschen, so etwas habe es in der Geschichte der Bundesrepublik nie zuvor gegeben. Jetzt müssten nicht die Bürgerinnen und Bürger begründen, warum sie wieder mehr Freiheiten wollten, sondern die Politik müsse sehr sorgfältig darlegen, warum welche Einschränkungen weiterhin erforderlich seien. Wichtig seien dabei die richtigen Prioritäten, sagt Deutsch, „wir müssen

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Lorenz Deutsch (FDP). Der 51-jährige Kölner ist kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

parallel arbeiten“. Ob es um Kultur, Sport, Wirtschaft oder die Kinder gehe – man dürfe nicht eins gegen das andere ausspielen, sondern müsse alle Bereiche gleichermaßen im Auge haben.

Der Germanist und Politikwissenschaftler hat erst vergleichsweise spät den Weg in die praktische Politik gefunden. Zwar stand er schon immer den Gedanken des Liberalismus nahe, doch erst nach dem Studium befand er, es sei nun an der Zeit, sich politisch zu engagieren, und trat in seiner Heimatstadt Köln den Freien Demokraten bei. 2004 wurde er von der Partei gebeten, als sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss des Stadtrates mitzuwirken, und dann, so sagt Deutsch heute, ist eins zum anderen gekommen. Wenige Jahre später rückte er in die Bezirksvertretung für die Kölner Innenstadt ein, wurde in den FDP-Kreisvorstand gewählt, stieg zum Vizeparteichef auf und ist seit 2017 der oberste Freidemokrat in Köln.

Der Kulturpolitiker Deutsch empfindet es als Privileg, dass es auf diesem Feld, anders als etwa in der Innen-, Finanz- oder Bildungspolitik, einen großen Schulterschluss aller Beteiligten gebe, egal, ob sie einer Koalitions- oder Oppositionsfraktion angehörten. Die Vertreter aller Parteien empfänden sich als Sachwalter der Kultur im Lande, „da gibt es einen großen Korridor, in dem man gemeinsam agiert“. Das Aufgabengebiet ist breit gefächert. Das Land Nordrhein-Westfalen ist selbst Träger einiger Institutionen wie der Kunstsammlung NRW oder dem Düsseldorfer Schauspielhaus, die Kulturpolitiker entscheiden über die Förderung von Projekten und Einrichtungen durch alle Sparten. Dabei ergänzen sie von Landesseite die Arbeit der Kommunen, auf denen die Hauptlast für Orchester und Theater liegt. Zurzeit werde an einem Rahmengesetz für die Kulturpolitik gearbeitet, in dem alle Regelungen zusammengefasst werden sollten.

Besonders stolz ist Deutsch auf eine Neuerung, die durch die Corona-Beschränkungen allerdings derzeit noch auf Eis liegt. Hinter dem sperrigen Begriff „Bibliotheksstärkungsgesetz“, das vor allem auf sein Betreiben zurückgehe und das vom Landtag einstimmig verabschiedet wurde, verbirgt sich die Möglichkeit, dass alle öffentlichen Bibliotheken an Sonn- und Feiertagen öffnen dürfen. Mönchengladbach praktiziere den offenen Sonntag seit geraumer Zeit mit großem Erfolg, so Deutsch, jetzt sollten alle Kommunen folgen. Im Vordergrund steht für Deutsch dabei nicht die Ausleihe, sondern die Möglichkeit, sich

in den Bibliotheken etwas anzuschauen, auszusuchen, auszuprobieren, mit der ganzen Familie nach Büchern, Spielen, Filmen oder anderem zu suchen.

In der wenigen freien Zeit, die Landtagsfraktion und Kreisverband Deutsch lassen, bleibt er dem Thema Kultur treu, er liest viel und gerne, geht ins Theater und in Konzerte und gelegentlich schafft er es sogar zu joggen. Als gebürtiger Kölner ist es nahezu unvermeidbar, dass er nicht nur zu den Karnevalsjecken zählt, er ist auch Fan des 1. FC Köln. Nur die Dauerkarte, die er lange besaß, hat er nicht erneuert, ihm fehlt schlicht zu oft die Zeit, ins Stadion zu gehen. *Peter Jansen*

## Zur Person

Lorenz Deutsch hat Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft an der Universität zu Köln studiert. Von 1998 bis 2011 war er dort wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Sprache und Literatur. 2011 wechselte er ans Institut für Germanistik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Deutsch ist seit 1997 Mitglied der FDP. Er ist seit Oktober 2017 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Deutsch rückte für FDP-Chef Christian Lindner nach, der damals in den Bundestag wechselte.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich lese viel, und eigentlich ist immer das aktuelle mein Lieblingsbuch. Aber wenn ich mich entscheiden müsste (einsame Insel ...), dann fiel die Wahl auf: Shakespeare, Complete Works.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Das ist ganz stimmungsabhängig, und deshalb auch sehr vielfältig. Was ich immer schätze, ist gutes Songwriting. Hier ein Tipp: The Divine Comedy.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Es ist immer für ein gutes Frühstück an Samstag und Sonntag mit meiner Frau gesorgt – unverzichtbar: Käse.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Italien, eigentlich überall, aber besonders: Apulien.

## Kurz notiert

### Besuch im Landtag

Zur Eindämmung des Corona-Virus bleiben die Besuchsprogramme des Landtags bis zum Ende der Herbstferien weiter ausgesetzt. Das hat der „Parlamentarische Krisenstab Pandemie“ beschlossen. Aktuelle Informationen erhalten Interessierte auf der Internetseite des Landtags unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) (Besuch im Landtag).

### Datenschutzbericht

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 12. Mai 2020 den Landesdatenschutzbericht 2019 entgegengenommen. Der Bericht wurde von der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Helga Block, unter Einhaltung der geltenden Abstands- und Hygienevorschriften übergeben. Im Gespräch mit dem Landtagspräsidenten schilderte die oberste Datenschützerin des Landes die Schwerpunkte des aktuellen Berichts, die u. a. auf den Themen Wirtschaft, Internet und Medien liegen, und wies auf die erneut hohe Zahl der Eingaben (12.500) hin. „Datenschutz und Transparenz durch Informationsfreiheit sind Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens, denen in einer digitalisierten Gesellschaft eine immer größere Bedeutung zukommt. Datenschutz ist eine wichtige Grundlage des Rechtsstaats“, sagte der Präsident und dankte Helga Block, die in Kürze in den Ruhestand treten wird, für ihre Arbeit.

### Gestorben

28.4. Leonhard Kuckart (CDU/88)  
MdL 1980-2000

11.5. Hansheinz Hauser (CDU/97)  
MdL 1958-1972

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 30. Juni 2020.

## Die Landesverfassung wird 70

Nordrhein-Westfalen feiert in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum: Vor 70 Jahren, am 18. Juni 1950, wurde die Landesverfassung in einem Volksentscheid angenommen. Sie war am 6. Juni 1950 vom Landtag beschlossen worden. Das Landesparlament gibt die Landesverfassung zum Jubiläum erstmals als Broschüre heraus, die von allen Interessierten kostenlos bestellt werden kann. Die Publikation enthält ein Vorwort des Präsidenten des Landtags, André Kuper, und eine Einführung des Bonner Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Wolfgang Löwer. Bestellung unter Tel.: (0221) 884 2442 oder [oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de). Foto: Schälte

